

## Zermürbung der Hirne durch Schreibreform

*Kleiner Besuch bei der buckligen Verwandtschaft: Die neue Rechtschreibung und der Nationalsozialismus*

*Von Theodor Ickler*

Auf der Herbsttagung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung (F.A.Z. vom 30. Oktober) wurde ein Buch vorgestellt, das Furore zu machen versprach: eine Studie zur Reform der deutschen Rechtschreibung, die noch kurz vor Ende des „Dritten Reiches“ hätte verwirklicht werden sollen und nur durch einen Befehl Adolf Hitlers verhindert wurde (F.A.Z vom 2. Oktober). Hatte die Rechtschreibreform, die 1996 auf Geheiß der Kultusminister und gegen den Willen der deutschen Bevölkerung durchgesetzt wurde, einen Vorläufer – unter fatalen politischen Voraussetzungen? Der Verdacht wurde größer, als bekannt wurde, daß die Verfechter der Reform in ihren Rückblicken auf die Geschichte der deutschen Rechtschreibung jene Episode gern unterschlugen. Bei näherer Betrachtung erweist sich indessen, daß die 1944 versuchte Reform kaum politisch motiviert und der 1996 tatsächlich verhängten Reform in philologischer Hinsicht überlegen war – ein Umstand, der das Verhalten der Reformen unserer Zeit um so politischer erscheinen läßt. F.A.Z.

Am 1. Juli 1996 sollen die Kultusminister der deutschsprachigen Länder gezögert haben, ihre Unterschrift unter die Absichtserklärung zur Durchführung einer offenkundig unausgereiften Rechtschreibreform zu setzen. Erst als eine der anwesenden Personen einwarf, Bertelsmann habe schon gedruckt, unterschrieben sie. Tatsächlich lag am nächsten Morgen die „Neue deutsche Rechtschreibung“ des Medienkonzerns in allen Buchläden.

Der Bearbeiter, Professor Lutz Götze, schrieb in einer geschichtlichen Einleitung zu diesem Band, auch der „Nazi-Reichsminister Bernhard Rust“ habe 1944 eine Rechtschreibreform durchführen wollen. „Das Kriegsende verhinderte diesen Plan zum Glück.“ Da der Leser nicht erfuhr, worin die Rustsche Reform bestanden hätte, konnte er auch nicht beurteilen, ob ihre Verhinderung (übrigens durch einen Führerbefehl) ein Glück gewesen war. Darauf hingewiesen, daß Rusts Reform weitgehend identisch war mit dem, was die heutigen Reformer wollen, und noch deutlicher mit dem übereinstimmte, was sie ursprünglich wollten, aber aufgrund politischer Widerstände nicht durchzusetzen vermochten, strich Götze den ganzen Abschnitt kurzerhand aus dem nächsten Nachdruck derselben Auflage. Zugleich bedankte er sich bei dem Reformen Hermann Zabel.

Seither klafft in der Chronologie der Reformversuche hier dieselbe Lücke wie in fast allen Arbeiten der Reformen. Zabel hat viele Male über die historischen Hintergründe berichtet, stets unter Ausparung des „Dritten Reiches“, obwohl gerade er sich anderweitig Verdienste um die deutsche Vergangenheitsbewältigung erworben hat. Auch das Rechtschreiburteil des Bundesverfassungsgerichts übergeht den Präzedenzfall mit der oberflächlichen Wendung, eine Neubearbeitung der Regeln habe sich 1944 „nicht durchgesetzt“. Schämt man sich der buckligen Verwandtschaft?

Dazu besteht kein Anlaß. Die Rustsche Reform hat nichts spezifisch Nationalsozialistisches. Ihre Verfasser verstanden etwas von der Sache, sogar mehr als die heutigen Reformer. Die große Übereinstimmung ist weder zufällig noch kompromittierend. In der jahrhundertelangen Diskussion um die deutsche Orthographie gibt es eben nur einen begrenzten Vorrat an Argumenten. Im wesentlichen stehen sich zwei große Schulen gegenüber, die phonetische und die historische, wie man sie vergrößernd nennt. Die „Phonetiker“, meistens Lehrer, die von der schreibdidaktischen Ursituation des Diktats geprägt sind, möchten erreichen, daß man jedes Wort nach Gehör schreiben kann. Dazu wäre ein völliger Umbau, die Einführung gänzlich ungewohnter Schreibweisen erforderlich. Das ist jedesmal der Hauptgrund ihres Scheiterns. Ihre Gegner, vor allem Schriftsteller und deren Leser,

fürchten den Traditionsbruch und bestehen außerdem darauf, daß das Schriftbild weiterhin die Herkunft der Wörter, damit aber – und das ist das Entscheidende – auch die semantischen Zusammenhänge sichtbar werden lasse.

Dies verbindet die drei großen europäischen Sprachen Englisch, Französisch und Deutsch, in denen das richtige Schreiben daher ungleich schwieriger ist als etwa im Italienischen oder Finnischen. Im Deutschen ist der Streit während des neunzehnten Jahrhunderts beigelegt worden, und zwar zugunsten einer eher pragmatisch als theoretisch begründeten Absage an die Lautschrift. Die grundsätzlich historisch-semantische Schreibweise wurde nur um solche Schnörkel erleichtert, deren Beseitigung sich ohnehin schon angebahnt hatte (th in deutschen Wörtern, einige Buchstabenverdoppelungen). Die Reform oder besser Nicht-Reform von 1902 änderte nichts, sondern schützte die längst herrschende Einheitsorthographie vor Eingriffen der phonetischen Schule, die natürlich nicht aufhörte, ihr schülerfreundliches Ziel weiterzuverfolgen.

Dabei wurde der rationale Kern durch jeweils passende ideologische Hüllen eher verborgen als freigelegt. Unsere heutigen Reformer, die vom lautschriftlichen Gedanken nur sehr wenig retten konnten, leiten ihre Grundorientierung aus der emanzipatorischen Pädagogik der frühen siebziger Jahre her. Unterschichtkinder waren an die höhere Bildung heranzuführen und zugleich die repressiven Herrschaftsstrukturen durch den Nachweis ihrer „Veränderbarkeit“ aufzubrechen. An der Rechtschreibreform wollte man, wie es sich für eine von Lehrern veranstaltete Revolution gehörte, ein Exempel statuieren. (Die Einzelheiten kann man nachlesen in der Dokumentation zum GEW-Kongreß „vernünftiger schreiben“, Frankfurt 1973.)

Im „Dritten Reich“, das im Gegensatz zu den lückenhaften Darstellungen Zabels und seiner Mitstreiter fast vom ersten bis zum letzten Tag die große Zeit der Rechtschreibreformer war, hieß die zeitgemäße Verbrämung „Vorrang des Gesprochenen“, insbesondere der „Führerrede“. Der Kern war aber immer noch derselbe, die Verhüllung etwas ganz Oberflächliches, woran die Reformtheoretiker natürlich selbst nicht glaubten. Deshalb konnten sie auch nach Kriegsende unbefangen weitermachen: Franz Thierfelder, Fritz Rahn, Otto Basler und andere. Zwar konnte der „Ahnenerbe“-Keltologe Leo Weisgerber seine durch Geringschätzung der Schrift geprägte „arteigene Sprachlehre“ von den „volkhaften Kräften der Muttersprache“ in der jungen Bundesrepublik mit etwas geänderter Terminologie ungestört und mit noch viel größerem Einfluß auf die Deutschdidaktik weiterverfolgen, aber für die Begründung der Reform spielte sie keine Rolle mehr. Zum Vorkämpfer der heutigen Reform wurde Weisgerber auf andere Weise.

Sehr merkwürdig war die Rolle des nationalsozialistischen Volkskundlers und Germanisten Lutz Mackensen. Er verlegte sich nach dem Krieg auf weniger verfängliche Gebiete und verfaßte unter anderem ein deutsches Wörterbuch, das die Dudenredaktion auf den Plan rief und zu einer politischen Intrige anregte. An deren Ende stand jene neuerliche Privilegierung des Duden, gegen die sich dann die jüngste Reform in erster Linie richtete. Mackensen, dessen Vergangenheit stets unterbelichtet blieb, avancierte zum Schutzheiligen der Reformer; noch 1991 widmeten Gerhard Augst und Burkhard Schaefer ihm ein Buch zum neunzigsten Geburtstag. Warum auch nicht? Einen ähnlichen Mangel an Berührungsscheu wünschte man sich aber auch auf anderen Gebieten.

Neben der wesentlichen, auf dem alten phonetischen Prinzip beruhenden Übereinstimmung zwischen der Rustschen Reform und der heutigen gibt es einige weniger auffällige Ähnlichkeiten und Kontinuitäten. Schon Rust wollte seine Zuständigkeit für die Schulen dazu benutzen, eine Schreibänderung für die ganze Gesellschaft durchzusetzen. Der führende Reforme Augst kannte das Rezept schon 1982: „Eine Änderung geltender Konventionen und Normen über den Schüler zu erreichen, ist zwar verlockend und wäre, wenn es gelänge, auch am erfolgversprechendsten, aber sie setzt an am schwächsten Glied in der Kette.“ Die Skrupel schwanden nach dem Scheitern der Reform von 1989, die Geiselnahme an den Schülern wurde ins Werk gesetzt und scheint ja soweit auch gelungen. Weisgerber hatte auch schon 1964 den Rat gegeben, sich rechtzeitig der Unterstüt-

zung durch Regierungsbehörden zu versichern, weil das Schreibvolk selbst viel zu „schrifthörig“ sei, um sich auf seine Verantwortung zu besinnen – und endlich die Kleinschreibung einzuführen. Ebenso argumentierte der besonders staatsgläubige DDR-Orthograph Dieter Nerius, der immer noch in der Rechtschreibkommission sitzt.

Damit hängt ein weiteres Leitmotiv zusammen, das zuerst in der Rechtschreibdiskussion der nationalsozialistischen Oligarchen auftauchte: daß die Reform nicht durch zuviel öffentliche Diskussion gefährdet werden dürfe. Denn nicht nur Schriftsteller und Intellektuelle gehören zu den Gegnern von Rechtschreibreformen, sondern die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die einfach am Gewohnten hängt und wohl oft auch ahnt, daß die geplante Änderung überflüssig und schädlich ist „wie ein Kropf“. Die Reform von 1989 scheiterte einfach daran, daß diese Zeitung ihren Inhalt vor der Zeit bekannt machte. Auch diese Lektion haben unsere Reformer gründlich gelernt. Einen noch früheren Reformversuch kommentiert die Augst-Schülerin Hiltraud Strunk so: „Der Verzicht auf jegliche inhaltliche Information war nach den bisherigen Erfahrungen sicher richtig.“ Es kam zu der bekannten Übertreibung. Im Jahre 1995 gab Kultusminister Zehetmair dem „Spiegel“ auf die Frage „Wissen denn die Deutschen in etwa, was auf sie zukommt?“ in einem unbewachten Augenblick die klassisch gewordene Antwort: „Nein, überhaupt nicht. Die breite Öffentlichkeit ist so gut wie gar nicht informiert. Deshalb werden viele erschrecken, wenn es nun zu einer Reform kommt, und zwar auch dann, wenn noch einiges geändert wird. Viele haben gar nicht mehr an eine Reform geglaubt, nachdem seit fast hundert Jahren alle Vorschläge gescheitert sind. Man wird uns, die Kultusminister, fragen: Was habt ihr denn da angestellt?“

Natürlich fiel schon im „Dritten Reich“ mancher Seitenhieb auf die verkopften Bücherleser. Der Zusammenhang zwischen Bewahrung der gewachsenen Schrift und nationaler Identität war durchaus klar. Für die eroberten Völker schlugen manche Nationalsozialisten Schreibreformen „zur Zermürbung des Geschichtsbewußtseins“ vor. Unsere heutigen Schreibreformer haben diesen Gedanken kulturevolutionär gewendet: Einen Kulturbruch durch Schreibreform brauche man nicht zu fürchten, denn Kinder würden ohnehin nur in Ausnahmefällen etwas lesen, was vor der Reform gedruckt sei, und außerdem sei die Richtigkeit von Schreibweisen allenfalls mit der Richtigkeit von Postleitzahlen zu vergleichen (so das Institut für deutsche Sprache). Auch dies glaubt die Mehrheit der Bevölkerung nicht, sondern ahnt, daß mit der künstlichen Veralterung des Gedruckten etwas verlorengeht, was besser nicht verlorengehe.

Durch die Untersuchung „Rechtschreibreform und Nationalsozialismus“ von Hanno Birken-Bertsch und Reinhard Markner, die von der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung herausgegeben und anlässlich der Herbsttagung vorgestellt wurde, sehen wir klarer, was Götze damals hätte schreiben sollen: „Leider verhinderte das Kriegsende die Durchsetzung der Rustschen Reform, sonst hätte man sich die Rechtschreibreform von heute sparen können.“

Die heutigen Reformer haben mehr erreicht, als unter demokratischen Verhältnissen für möglich gehalten werden konnte. Aber eins haben sie noch nicht erreicht: Rust wollte ursprünglich auch die Kleinschreibung, nach wie vor das einstimmig erklärte Ziel aller Mitglieder der Reformkommission. Darauf arbeiten sie unbeirrt hin, auch durch eine grotesk übersteigerte Großschreibung, die als Lösung der künstlich erzeugten Verwirrung irgendwann nur noch den Weg zur Kleinschreibung offenzulassen scheint. In diesem Sinne ist das Versprechen zu verstehen, mit dem die Reform 1994 auf den Plan trat: „Es ist ein Anfang gemacht worden, weitere Vereinfachungen und Verbesserungen können sich zu einem späteren Zeitpunkt anschließen.“ Wer mit solcher Zähigkeit dreiundzwanzig Jahre gekämpft hat, wie Augst es in einem Rückblick beschreibt, „viele geliebte Reformziele“ aufgeben und manchen Freund am Wegesrand zurücklassen mußte, der kann auch noch ein wenig länger warten.

Der Verfasser ist Professor für deutsche Sprachwissenschaft an der Universität Erlangen.